



[REDACTED]

Vorab per E-Mail

18. März 2025

cc:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

HIV-Prävention und Versorgung priorisieren

[REDACTED]

zunächst möchten wir Ihnen sehr herzlich zu Ihrem Wahlsieg gratulieren. Dieser Wahlsieg ist mit einer enormen Verantwortung verbunden und erfordert gerade in diesen schwierigen Zeiten besonders viel politischen Mut! Wir wissen, dass die großen wirtschafts- und vor allem sicherheitspolitischen Themen aktuell Ihre politische Agenda bestimmen. Dennoch möchten wir gerne Ihre Aufmerksamkeit auf ein gesundheitspolitisches Thema lenken, das viel zu wenig im Fokus steht, aber von großer Brisanz ist:

Das Thema HIV.

Als pharmazeutische Unternehmen, die sich im Kampf gegen HIV/AIDS engagieren, sind wir besorgt, dass die aktuellen Pläne einiger Länder, sich aus der WHO zurückzuziehen, und die Kürzungen bei wichtigen Entwicklungshilfeprogrammen den Fortschritt im Kampf gegen die HIV-Epidemie in kritischen Regionen der Welt erheblich beeinträchtigen werden. Diese Entwicklungen könnten den Zugang zu HIV-Behandlungen für viele Infizierte erschweren und zu einem erheblichen Anstieg der HIV-Infektionen und der durch HIV/Aids verursachten Todesfälle führen. Dabei kann sich das Virus, das sich durch eine hohe Mutations- und Resistenzbildung auszeichnet, durch die globalen Migrationsströme auch in den westlichen Ländern ausbreiten.

Davon wird auch Deutschland betroffen sein, allein schon aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine und der zunehmenden Anzahl an Schutzsuchenden aus diesem Land in Deutschland. Die Ukraine weist die höchste HIV-Inzidenz in Europa auf. In Deutschland sind aktuell ca. 96.700 Menschen mit HIV infiziert. Etwa 8.500 wissen nichts von ihrer Infektion und können das Virus unkontrolliert weitergeben. Jährlich kommen ca. 2.500 Neuinfektionen hinzu. Etwa die Hälfte von ihnen erhielt die Diagnose erst, nachdem sie schon schwer erkrankt waren.

Diese sich verschlechternden Rahmenbedingungen fallen in ein kritisches Zeitfenster, in dem wir gemäß den UNAIDS-Zielen die Chance hätten, HIV-Neuinfektionen bis 2030 HIV komplett zu verhindern. Neben der Behandlung ist die medikamentöse Prävention ein entscheidender Bestandteil einer wirksamen Versorgung, da sie die Ausbreitung von HIV eindämmt, die Krankheitslast verringert und langfristig die Gesundheitskosten minimiert. Auf der Weltaidskonferenz in München im letzten Sommer haben hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesregierungen ein klares Bekenntnis zur HIV-Bekämpfung abgegeben.

Die Auswirkungen der beschriebenen Situation sind sowohl auf internationaler, als auch europäischer und nationaler Ebene weitreichend. Insgesamt sind lediglich drei pharmazeutische Unternehmen in der HIV-Forschung engagiert und weltweit tätig. Auch in Deutschland gibt es großes Verbesserungspotential in der HIV-Versorgung. Denn die Herausforderungen beim Zugang zu innovativen HIV-Therapien sind mittlerweile so groß, dass die Sorge besteht, ob diese zukünftig überhaupt in Deutschland auf den Markt gebracht werden können. Unser deutsches Nutzenbewertungsverfahren (AMNOG), das alle neuen Medikamente, die in Deutschland verordnet werden, durchlaufen müssen, honoriert seit Jahren keine HIV-Schrittinnovationen mehr. Gerade bei einem hochansteckenden Virus, das sich stetig verändert, Resistenzen bildet und für das es noch keine Heilung gibt, braucht es stetig neue Medikamente, um das Virus zu unterdrücken, sodass es nicht mehr ausbricht und die Patientinnen und Patienten nicht mehr ansteckend sind. Ein Meilenstein für die Verbesserung der Rahmenbedingungen sind die langwirksamen Therapien. Sie bieten eine vielversprechende Möglichkeit, die Lebensqualität von Menschen mit HIV deutlich zu verbessern. Diese Therapien erfordern weniger häufige Medikamentengaben, was potenziell die Therapietreue erhöhen und die tägliche Belastung der Betroffenen reduzieren kann. Darüber hinaus werden in Kürze hoch- und langwirksame innovative HIV-Präexpositionspräparate zur Verfügung stehen, die das Potenzial haben, eine Ansteckung zu fast 100 Prozent zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass wir in Deutschland eine zunehmende Überlastung der auf HIV-Infektionen spezialisierten Ärztinnen und Ärzte sowie Testeinrichtungen sehen, möchten wir die neue Bundesregierung dringend bitten, folgende Aspekte zu prüfen:

1. HIV-Prävention und Bekämpfung muss wieder auf die politische Agenda gesetzt werden. Mögliche Auswirkungen der aktuellen globalen gesundheitspolitischen Herausforderungen auf die nationale öffentliche Gesundheit müssen unter Einbeziehung der relevanten HIV-Expertinnen und Experten aus Medizin, Wissenschaft und bei Patientenorganisationen ernsthaft geprüft werden. In Europa haben beispielsweise bereits UK und Italien konkret wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des HI-Virus ergriffen.
2. Innovative Therapien müssen weiterhin erforscht und entwickelt werden und den Patientinnen und Patienten weltweit und in Deutschland zur Verfügung stehen. Dazu muss geprüft werden, ob im deutschen Nutzenbewertungsverfahren (AMNOG) für HIV-Therapien eine Ausnahmeregel – evtl. analog der Reserveantibiotika – geschaffen werden kann.
3. Auch innovative HIV-Präexpositionspräparate mit langer Wirkdauer (sog. long acting PreP) drohen im AMNOG-Verfahren zu scheitern. Es muss sichergestellt werden, dass diese Präparate für die HIV-Prävention in Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Infektionsrisiko zur Verfügung gestellt werden können.

Bitte unterstützen Sie uns in der neuen Koalition, damit Menschen mit HIV und Risikogruppen auch in Zukunft in Deutschland bestmöglich geschützt und versorgt werden. Gerne stehen wir Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

